

Hansestadt Rostock

Bürgerschaft

Niederschrift

Sitzung des Kulturausschusses

Sitzungstermin: Donnerstag, 06.06.2013
Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 18:30 Uhr
Raum, Ort: Beratungsraum 2, Rathaus, Neuer Markt 1, 18055 Rostock

Sitzungsteilnehmer:

Anwesende Mitglieder

Vorsitz

Susan Schulz BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

reguläre Mitglieder

Dr. Ingrid Bacher SPD
Dr. Christel-Katja Fuchs Rostocker Bund/ Graue/
Aufbruch 09
Karina Jens CDU
Alexander Ludwig FDP
Dr. Jobst Mehlan FÜR Rostock
Dr. Wolfgang Nitzsche DIE LINKE.
Katrin Zschau SPD

Verwaltung

Dr. Horst Geyer Volkshochschule
Manfred Heckmann Stadtbibliothek
Thomas Werner Amt für Kultur und Denkmalpflege
Sylvia Napp Amt für Kultur und Denkmalpflege, Protokoll

Gäste

Maik Medrow EVA-Bündnis
Julia Reichart EVA-Bündnis
Robert Giessmann AStA-Kultur

Entschuldigte Mitglieder

reguläre Mitglieder

Dr. Hikmat Al-Sabty DIE LINKE. entschuldigt
Dr. Helmut Schmidt CDU entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Änderungen der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 18.04.2013
- 4 Anträge
- 4.1 Präsidentin der Bürgerschaft, Karina Jens (Leiterin der AG Gedenken)
Gedenkstein für Mehmet Turgut
Vorlage: 2013/AN/4557
- 5 Beschlussvorlagen
- 5.1 Haushaltssatzung der Hansestadt Rostock für das Haushaltsjahr 2013 mit
Haushaltsplan und Anlagen
Vorlage: 2013/BV/4490
- 5.1.1 1. Nachtrag zu den Haushaltssatzungen der Hansestadt Rostock für das Haushaltsjahr
2013 mit Haushaltsplan und Anlagen
Vorlage: 2013/BV/4490-01 (NB)
- 5.1.2 2. Nachtrag zu den Haushaltssatzungen der Hansestadt Rostock für das Haushaltsjahr
2013 mit Haushaltsplan und Anlagen
Vorlage: 2013/BV/4490-03 (NB)
- 5.2 Haushaltsplanentwurf 2013
Band IX
Haushaltssicherungskonzept 2013 bis 2022
Vorlage: 2013/BV/4498
- 5.2.1 Haushaltsplanentwurf 2013
Band IX
Haushaltssicherungskonzept 2013 bis 2022
Vorlage: 2013/BV/4498-03 (NB)
- 6 Verschiedenes
- 6.1 Informationen der Ausschussvorsitzenden
- 6.2 Anfragen der Ausschussmitglieder

Protokoll:

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Schulz eröffnet die Sitzung und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Um 16.30 Uhr sind 7 Mitglieder anwesend.

TOP 2 Änderungen der Tagesordnung

Zu TOP 4.1. 2013/AN/4557 Gedenkstein für Mehmet Turgut

Frau Schulz schlägt vor, den sich in Vorbereitung befindlichen Änderungsantrag ihrer Fraktion mitzudiskutieren.

Die Ausschussmitglieder verständigen sich mehrheitlich, den geplanten Änderungsantrag in der Diskussion zu berücksichtigen.

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 18.04.2013

Die Niederschrift der Sitzung vom 18.04.2013 wird einstimmig genehmigt.

TOP 4 Anträge

TOP 4.1 Präsidentin der Bürgerschaft, Karina Jens (Leiterin der AG Gedenken) Gedenkstein für Mehmet Turgut Vorlage: 2013/AN/4557

Frau Jens stellt die Beschlussvorlage vor:

Zwei Bürgerschaftsbeschlüsse bilden die Grundlage der Tätigkeit der AG „Gedenken“:

1. 2012/AN/3293-02 vom 04.04.2012 – Gemeinsame Erklärung der Städte zum Gedenken der Opfer des NSU-Terrors verbunden mit dem Auftrag an die Stadt, eine Gedenkstele mit dem Inhalt der Gemeinsamen Erklärung in Rostock errichten zu lassen. Standort und Gestaltung der Stele sind mit dem Migrantenrat der Hansestadt Rostock und dem Ortsbeirat Toitenwinkel zu beraten.

Die Verwaltung hat im Sommer 2012 mit dem Migrantenrat und den Ortsbeiräten Dierkow-Ost/Dierkow-West und Toitenwinkel zum möglichen Standort beraten. Migrantenrat und Ortsbeiräte haben deutlich gemacht, dass sie für ein konkretes Erinnern am oder in der Nähe des Tatorts wären und für die Gemeinsame Erklärung einem zentralen Ort bevorzugen würden.

2. 2012/DA/3831 vom 05.09.2012: Gründung einer Arbeitsgruppe „Gedenken an die Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen 1992“. Es soll ein Ort der Verstetigung des Gedenkens in Form einer Gedenkstätte / Gedenkhain für die Opfer der NSU und der

ausländerfeindlichen Übergriffe auf die Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber in Lichtenhagen geschaffen werden.

Die AG „Gedenken“ konstituierte sich am 29.01.2013. Am 25.02.2013 fand im Rahmen einer Vorortbegehung und -beratung eine umfassende Verständigung über die Grundsätze des Textes für den Gedenkstein statt. Die AG setzte sich unter Beteiligung von Vertretern der betroffenen Ortsbeiräte ausführlich mit der Gemeinsamen Erklärung der Städte auseinander. Die Mitglieder verständigten sich darauf, dass man zunächst konkret Mehmet Turgut gedenken wolle und dies möglichst nahe dem Ort der Ermordung. Der AG war auch wichtig, dass es nicht um eine „Dokumentation“ der Geschehnisse in Deutschland geht, sondern um eine Formulierung, die die Menschen vor Ort zum Nachdenken anregt. Vor diesem Hintergrund entschied sich die Arbeitsgruppe für den vorliegenden Text. Auf Hinweis des Rechtsamtes, dass der Prozess nicht abgeschlossen sei, wurde auf eine weitergehende Spezifikation der Täter auf dem Stein verzichtet. Die gemeinsame Erklärung der Städte wird in der weiteren Arbeit der AG „Gedenken“ Berücksichtigung finden. Man werde überlegen, ob sie in einen zu schaffenden zentralen Erinnerungsraum für die Opfer fremdenfeindlicher, rechtsextremer Gewalt in Rostock zu integrieren ist.

Frau Schulz stellt den beabsichtigten Änderungsantrag ihrer Fraktion vor. Es bestehe insbesondere der Wunsch nach einer deutlicheren Formulierung hinsichtlich der Täter und nach der Darstellung des Gedenktexes auch in türkischer Sprache.

Der Ausschuss erteilt Maik Medrow und Julia Reichert vom Bündnis EVA (Erinnern, Verantworten, Aufklären) Rederecht.

Herr Medrow und **Frau Reichert** plädieren für die konkrete Benennung des neonazistischen Hintergrunds sowie für die Darstellung aller Taten (Basis Gemeinsame Erklärung) und für die Darstellung auch in türkischer Sprache als Zeichen der Willkommenskultur.

Im Ergebnis der Diskussion beschließen die Ausschussmitglieder folgenden Änderungsantrag:

Änderungsantrag zu 2013/AN/4557:

1. Im dritten Satz des Beschlussvorschlags wird die Formulierung „rassistisch motiviertem Terror“ gestrichen und ersetzt durch die Formulierung „rechtsextremistischen Terror“
2. Am Ende wird der Beschlusstext um folgenden Satz ergänzt:

Der oben stehende Gedenktext ist auch in türkischer Sprache am Gedenkort anzubringen.

Abstimmung:

Abstimmungsergebnis:

Dafür:	7			
Dagegen:	0		Angenommen	x
Enthaltungen:	1		Abgelehnt	

Beschluss mit Änderung:

Zum Gedenken an Mehmet Turgut wird durch die Hansestadt Rostock am Neudierkower Weg ein Gedenkstein mit folgender Aufschrift errichtet:

"Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen." [1]

Im Gedenken an Mehmet Turgut, der hier am 25. Februar 2004 dem menschenverachtenden, rechtsextremistischen Terror einer bundesweiten Mordserie zum Opfer fiel.

Der oben stehende Gedenktext ist auch in türkischer Sprache am Gedenkort anzubringen.

[1] Aus der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, Artikel 1.

Abstimmung:

Dafür:	8
Dagegen:	0
Enthaltungen:	0

Abstimmungsergebnis:

Angenommen	x
Abgelehnt	

TOP 5 Beschlussvorlagen

**TOP 5.1 Haushaltssatzung der Hansestadt Rostock für das Haushaltsjahr 2013 mit
Haushaltsplan und Anlagen
Vorlage: 2013/BV/4490**

Herr Ludwig äußert, dass ihm die Einstellung von 250.000 € zur Gründung einer Stiftung für den Theaterneubau unklar sei.

Beschluss:

Die Haushaltssatzungen der Hansestadt Rostock für das Jahr 2013 werden gemäß Anlage 1 mit Haushaltsplan und Anlagen (Band I bis VIII) beschlossen.

Abstimmung:

Dafür:	6
Dagegen:	0
Enthaltungen:	1

Abstimmungsergebnis:

Angenommen	x
Abgelehnt	

**TOP 5.1.1 1. Nachtrag zu den Haushaltssatzungen der Hansestadt Rostock für das
Haushaltsjahr 2013 mit Haushaltsplan und Anlagen
Vorlage: 2013/BV/4490-01 (NB)**

Beschluss:

Die Haushaltssatzungen der Hansestadt Rostock für das Jahr 2013 werden gemäß Anlage 1 mit Haushaltsplan und Anlagen (Band I bis VIII) beschlossen.

Abstimmung:

Dafür:	6
Dagegen:	0
Enthaltungen:	1

Abstimmungsergebnis:

Angenommen	x
Abgelehnt	

TOP 5.1.2 2. Nachtrag zu den Haushaltssatzungen der Hansestadt Rostock für das Haushaltsjahr 2013 mit Haushaltsplan und Anlagen
Vorlage: 2013/BV/4490-03 (NB)

Beschluss:

1. Die Haushaltssatzung der Hansestadt Rostock für das Jahr 2013 wird gemäß Anlage 1 beschlossen und die Anlagen zum Haushaltsplan gemäß Anlage 2 bis 3 fortgeschrieben.
2. Der Wirtschaftsplan einschließlich Stellenplan 2013 des Eigenbetriebes „Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde“ wird beschlossen (Band V).

Abstimmung:

Dafür:	6
Dagegen:	0
Enthaltungen:	1

Abstimmungsergebnis:

Angenommen	x
Abgelehnt	

TOP 5.2 Haushaltsplanentwurf 2013
Band IX
Haushaltssicherungskonzept 2013 bis 2022
Vorlage: 2013/BV/4498

Die anwesenden Amtsleiter äußern sich zu Problemen des Haushaltssicherungskonzepts. Die dargestellten Einsparbeträge seien ohne Abstimmung mit den Amtsleitern in das Hasiko aufgenommen worden. Die Maßnahmen seien ohne gravierende Einschnitte (u.a. Reduzierung der Angebote, Personalreduzierung) durch die Einrichtungen nicht umsetzbar.

Im Ergebnis der Diskussion werden durch den Kulturausschuss vier Änderungsanträge zum Hasiko beschlossen:

Änderungsantrag 1

Die Maßnahme 2013/1.06 „Reduzierung der Aufwendungen/Auszahlungen – Gebäudezusammenführung Volkshochschule“ wird gestrichen.

Begründung:

Die Gebäudezusammenführung führt nicht zum dargestellten Einsparbetrag in Höhe von 65.000 €. Eine Personalreduzierung ist durch Nichtwiederbesetzung einer Planstelle bereits erfolgt.

Abstimmung:

Dafür:	6
Dagegen:	0
Enthaltungen:	1

Abstimmungsergebnis:

Angenommen	x
Abgelehnt	

Änderungsantrag 2

Die Maßnahme 2013/ 1.11 „Reduzierung der Aufwendungen/Auszahlungen – Reduzierung des Zuschusses - Volkstheater Rostock GmbH“ wird gestrichen.

Begründung:

Bei einer Absenkung des Zuschusses um mehr als 4 Mio. Euro auf 12,6 Mio. Euro ist der Betrieb des Volkstheaters Rostock als Vier-Sparten-Haus nicht mehr zu gewährleisten.

Abstimmung:

Dafür:	7
Dagegen:	0
Enthaltungen:	0

Abstimmungsergebnis:

Angenommen	x
Abgelehnt	

Änderungsantrag 3

Die Maßnahme 2013/ 1.17 „Reduzierung der Aufwendungen/Auszahlungen - Stadtbibliothek“ ist zu streichen.

Begründung

Eine Absenkung des Zuschusses um 520.000 € ist unrealistisch und durch die Stadtbibliothek nicht zu leisten.

Abstimmung:

Dafür:	7
Dagegen:	0
Enthaltungen:	0

Abstimmungsergebnis:

Angenommen	x
Abgelehnt	

Änderungsantrag 4

Die Maßnahme 2013/1.21 „Reduzierung von Aufwendungen/Auszahlungen – Amt für Kultur und Denkmalpflege“ ist zu streichen.

Begründung

Eine Kürzung der Zuschüsse für die freien Kulturträger wird abgelehnt. Die Bürgerschaft hat sich 2012 mit dem Beschluss 2011/BV/2924-59 AA zu einer Anhebung der Förderung der freien Kulturträger um 160.000 € bekannt, da diese in den Vorjahren steigende Kosten aus eigener Kraft kompensieren mussten. Eine Kürzung der Fördermittel bei gleichzeitig steigenden Kosten (Betriebskosten, Mindestlohn) hätte die Einstellung der Förderung bei einzelnen Einrichtungen zur Folge.

Abstimmung:

Dafür:	7
Dagegen:	0
Enthaltungen:	0

Abstimmungsergebnis:

Angenommen	x
Abgelehnt	

Abstimmung über 2013/BV/4498

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft beschließt den Haushaltsplanentwurf 2013 - Band IX - Haushaltssicherungskonzept 2013 bis 2022.

Abstimmung:

Dafür:	0
Dagegen:	4
Enthaltungen:	3

Abstimmungsergebnis:

Angenommen	
Abgelehnt	x

TOP 5.2.1 **Haushaltsplanentwurf 2013**
Band IX
Haushaltssicherungskonzept 2013 bis 2022
Vorlage: 2013/BV/4498-03 (NB)

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft beschließt das Haushaltssicherungskonzept 2013 bis 2022.
Die Seiten beiliegenden Seiten 3, 72, 82, 84, 85 und 108 sind auszutauschen.

Abstimmung:

Dafür:	0
Dagegen:	4
Enthaltungen:	3

Abstimmungsergebnis:

Angenommen	
Abgelehnt	x

TOP 6 **Verschiedenes**

TOP 6.1 **Informationen der Ausschussvorsitzenden**

Auf Bitte von **Frau Schulz** informiert **Herr Werner** über geplante Änderungen beim Prozedere der Ausreichung der Landesfördermittel. Das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur des Landes M-V beabsichtigt, Fördermittel, die der kulturellen Grundversorgung der Kommune zuzuordnen sind, ab 2014 durch die Stadt ausreichen zu lassen. Das könne für die Kommune eventuell mehr Gestaltungsspielraum bringen, bedeute aber auch einen Mehraufwand an Arbeit und berge zudem verschiedene Risiken in sich.

TOP 6.2 **Anfragen der Ausschussmitglieder**

keine Anfragen

Susan Schulz
Ausschussvorsitzende

Sylvia Napp
Protokoll